Der Bürgermeister erläuterte, das System „Maerker Brandenburg“ werde nur für Kommunen des Landes Brandenburg angeboten. Eine Beteiligung von Kommunen anderer Bundesländer sei nicht möglich.

Seitens der Verwaltung erfolge derzeit eine Prüfung von Alternativen, die im neuen Internetauftritt der Stadt ab dem Jahr 2012 berücksichtigt werden könnten.

Das seitens der SPD-Fraktion vorgeschlagene „Unort-Kataster“ komme nicht in Frage, da diese Software veraltet ist und keine Weiterentwicklung erfolge.

Möglicherweise könnte eine Verknüpfung zu dem bereits vorhandenen System „TellMe“ mit der Software „Mark-a-Spot“ erfolgen, die ähnliche Funktionen wie das System „Maerker Brandenburg“ anbietet. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass Hinweise von Bürgern mit vertraulichem Inhalt nicht veröffentlicht werden dürfen. Derzeit erfolge eine Abstimmung der beiden Softwarehersteller. Nach derzeitiger Schätzung belaufen sich die Kosten für die Erstinstallation, Schulung u.ä. auf ca. 12.100 €. Hinzu kommen jährliche Kosten von ca. 2.420 € für Wartung und Serverbetrieb. Die Kosten für die Wartung der Schnittstelle sind noch nicht bekannt.

Keinen Sinn mache es, auf eine Verknüpfung der beiden Systeme zu verzichten, da dies einen Medienbruch darstellen und doppelten Arbeitsaufwand für die Sachbearbeiter bedeuten würde.

Sprecher aller Fraktionen bedankten sich für die umfangreiche Recherchen und Prüfung der Verwaltung.

Herr Köhler äußerte die Hoffnung auf eine Realisierung im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Internetauftritts. Er erachte den Einsatz von Finanzmitteln für diese sinnvolle Kommunikation mit den Bürgern für sinnvoll.

Herr Metz erkannte in einem solchen System nicht nur einen Service für den Bürger sondern auch eine Entlastung der Verwaltung. Durch Veröffentlichung von Hinweisen könnten mehrfache Meldungen für den gleichen Sachverhalt und diesbezüglicher verwaltungsseitiger Arbeitsaufwand vermieden werden.

Herr Waldästl schlug vor, die Verwaltung solle zu gegebener Zeit über die Möglichkeit der Verknüpfung und die noch nicht bekannten Schnittstellenkosten berichten. Anschließend könne entschieden werden, wie weiter vorgegangen wird.

Herr Schell wies auf das bereits vorhandene System hin. Mit diesem System werde der Bürger über den jeweiligen Verfahrensstand seiner Eingabe informiert. Es könne eine wirtschaftlich günstige Möglichkeit geprüft werden, eine Auflistung der vorhandenen, öffentlichen Bürgereingaben für jedermann sichtbar auf der Homepage der Stadt zu platzieren. Hierzu teilte Frau Stocksiefen mit, eine solche Liste könne möglicherweise erstellt und veröffentlicht werden. Diese Liste verfüge jedoch nicht über die Funktionalität eines „Ampelsystems“. Die Funktionalität müsse zudem programmiert werden.

Es bestand in Erledigung des vorliegenden Antrages Einvernehmen, dass die Ergebnisse der noch durchzuführenden Prüfungen entsprechend dem einleitenden Vortrag des Bürgermeisters zu

gegebener Zeit den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden. Hiernach könnten die Fraktionen überlegen ob und gegebenenfalls welche Anträge sie in der Angelegenheit stellen.